# Für eine landwirtschaftliche und ökologische Ausnahmeklausel

**Es ist weithin akzeptiert, dass bestimmte kulturelle Güter – anstatt lediglich als Waren angesehen zu werden – vom freien Markt getrennt werden sollten mit dem Ziel, Traditionen und die Vitalität der Kulturen sowie letztendlich unsere kollektive Menschlichkeit zu schützen. Sollte das nicht auch für Lebensmittel gelten? Also für genau die Waren und Dienstleistungen, welche das menschliche Grundbedürfnis der Nahrung gewährleisten?**

Essen ist ein grundmenschlicher, vitaler und sozialer Akt, essentiell für sowohl Körper als auch Geist. Wo auch immer wir uns aufhalten und unser Leben leben, essen oder Ackerbau betreiben – wir halten uns wohl oft unbewusst an Heraclitus, der auf die Frage, warum er so fasziniert von einem einfachen Brotofen sei, antwortete: "Weil sogar hier die Götter anwesend sind."

Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (General Agreement on Tariffs and Trade – GATT) wurde am Ende des Zweiten Weltkrieges unterzeichnet. Es wird als Auftakt für sowohl die Gründung der Welthandelsorganisation als auch die generelle Globalisierung des freien Handels angesehen. Zugleich gewährte es den Ausschluss bestimmter kultureller Produkte wie bspw. Kinofilmen und wichtiger nationaler Denkmäler und Bauten. Es war ursprünglich beabsichtigt, dass natürliche Ressourcen – Produkte der Landw- oder Forstwirtschaft und des Fischfangs – auch mit exkludiert werden sollten. Allerdings wurde die Havanna-Charter von 1948, welche die entsprechende Grundlage dafür gebildet hätte, nie ratifiziert. Folglich kann der Begriff „kulturelle Ausnahme“ (französisch: exception culturelle) nicht auf „landwirtschaftliche Ausnahme“ ausgeweitet werden.

Diese „landwirtschaftliche und ökologische Ausnahme“ könnte jedoch mit Hilfe einer neuen Satzung, einer Vereinbarung oder eines Vertragsabschlusses auf Grundlage des von der UNESCO am 20. Oktober 2005 verabschiedeten Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen etabliert werden. Eine solche Vereinbarung sollte drei Ziele in Übereinstimmung mit der Definition der Lebensmittelsicherheit, aufgestellt durch die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, haben: Sicherung des Zugangs zu nahrhaften Lebensmitteln in ausreichender Menge, zu Lebensmitteln, die als sicher gelten (nicht gesundheitsgefährdend) sowie zu allen Lebensmitteln, die die Menschen nachfragen. Es wäre dann, genauso wenig wie das schon jetzt für den Zugang zu Kultur gilt, eben nicht ausreichend, einfach nur Zugang zu einer durch eine globalisierte Wirtschaft distribuierte, einheitliche Bandbreite an Lebensmitteln zu haben.

Viele haben die Kritik von Olivier de Schutter, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, aufgegriffen, der 2012 erklärte, dass das heutige System der Lebensmittelproduktion uns „krank macht“. Weit über Dinge wie Hygiene oder auch übermässigem Verzehr, der zu Übergewicht und Diabetes führen kann, hinausgehend, ist diese „Krankheit“ auch eine moralische (Misstrauen gegenüber der Industrie und Verlust von Vielfalt), eine soziale (Verschuldung und Einbußen der Lebensqualität der Landwirte), eine ökologische (Reduzierung der bio-kulturellen und genetischen Diversität), eine politische (Rückzug der öffentlichen Hand) und eine wirtschaftliche (die offensichtliche Omnipotenz der multinationalen Konzerne und des Systems des freien Handels).

In diesem Zusammenhang gesehen ist es einfach zu erkennen, dass Menschen eben keinen kulturell angemessen Zugang zu Lebensmitteln haben; genauso wenig wie zu einer weltweiten Vielfalt an Gastronomie, landwirtschaftlichen Modellen und der Berücksichtigung von lokalen Traditionen oder auch von religiösen Gesichtspunkten. Wäre es nicht schwer vorstellbar, dass das allgemeine Recht auf Kultur durch Zugang zu weltweit derselben Handvoll von Fernsehserien gewährleistet werden könnte? Wir glauben, dass, ebenso wie die kulturelle Vielfalt geschützt werden muss, auch die landwirtschaftliche Vielfalt einen besonderen Schutz braucht und verdient.

**Und deshalb stellen wir, die Unterzeichnenden, folgende Forderungen auf:**

**1. Stärkung der Lebensmittel-Demokratie**
Wichtige Themen und Fragestellungen sollten nicht exklusiv in den Händen von großen Konzernen, Lobbyisten, Verbänden, Technikern und Ingenieuren liegen, sondern auch als soziale und politische Angelegenheiten betrachtet werden, die mehr als je zuvor Teil des demokratischen Prozesses sein müssen. Innerhalb eines solchen demokratischen Lebensmittelsystems wäre jeder Bürger ein notwendiger Akteur, der selbst urteilen, kosten, evaluieren und auswählen kann mit dem Ergebnis, dass die öffentliche Meinung nicht länger nur etwas ist, was am allerletzten Ende der Produktionskette konsultiert wird.

Wir, die Mitglieder der Lebensmittel-Demokratie, würden uns auf die Seite der Landwirte stellen und die Prinzipien der Lebensmittel-Souveränität unterstützen. Wir wären, noch weiter gedacht, quasi Ko-Produzenten im Sinne eines Bewusstseins dessen, wo die Lebensmittel herkommen, wie sie von wem produziert werden, wie die Tiere gehalten werden, was die jeweiligen Umweltbedingungen und kommerziellen Erwägungen sind, welche Hygienevorschriften gelten und was allgemeine Nährwertbetrachtungen betrifft. Wir wären uns dadurch letztendlich der Summe der kulturellen und chemosensorischen Eigenschaften von Lebensmitteln weitaus bewusster, Eigenschaften die genauso essentiell für unsere grundlegenden Nahrungsbedürfnisse sind wie für die Menschheit als Kollektiv.

**2. Änderung der vorherrschenden landwirtschaftlichen Hierarchien**
Um die sich stetig verschlechternde Lage der Landwirte abzufedern und zu verbessern, brauchen wir eine grundlegende Prüfung aller bestehenden Innovations- und Organisationsmodelle landwirtschaftlicher Praxis. Vor der „Grünen

Revolution“ der 1960er Jahre mussten sich Landwirte auf ihren eigenen Kenntnisschatz verlassen, basierend auf selbst gemachten Erfahrungen und eigenen Urteilen. Heute bewerben, wenn nicht sogar diktieren Lebensmittel- und Landwirtschaftskonzerne Innovationen mit Hilfe ihrer Forschungs- und Entwicklungsabteilungen und Laboratorien. Diese werden dann als „geistiges Eigentum“ standardisiert und patentiert – bis hin zu einzelnen Lebewesen. Im Zuge dessen werden Landwirte immer abhängiger von genau diesen Innovationen, die ihrem eigenen Erfahrungsschatz oft entgegen stehen.

Wir wollen daher das Bewusstsein steigern für Innovationen, die von unten kommen, von den Landwirten selbst; Innovationen, die tagtäglichen ökologischen, ökonomischen und kulturellen Herausforderungen begegnen. Die Mission alternativer landwirtschaftlicher Bewegungen und Modellversuche ist demnach das Bewerben und die Bewusstseinsschärfung bezüglich dieser besonderen Expertise, welche die vorherrschende landwirtschaftliche Ordnung korrigieren könnte.

**3. Ökologische Wende in der Landwirtschaft**
Es gibt keinen besseren Zeitpunkt für die Einführung von grundlegenden Reformen im landwirtschaftlichen Sektor als jetzt. Soziale Netzwerke ermöglichen Landwirten und Bürgern die freie und weitreichende Teilhabe und Verbreitung ihres Wissens über Lebensmittelproduktion. Außerdem können wir auf die stetig wachsene Anzahl von ökologisch bewusst arbeitenden landwirtschaftlichen Initiativen hinweisen, die sich z.B. auf ökologischen Landbau spezialisieren, auf konservierende Bodenbearbeitung, Agrarökologie, Agroforstwirtschaft, Permakultur, Polykultur, Vielfalt der Arten, u.s.w..

**4. Überdenken der Preisgestaltung**
Im Gegensatz zu dem, was bestimmte Gruppen auf Landwirtschaftsmessen äußern, haben Konsumenten von Lebensmitteln durchaus Interessen, die über den „niedrigsten Preis“ hinausgehen. Und diese Interessen, die eben nicht nur den Preis betreffen, werden bereits von verschiedenen alternativen Kanälen bedient, wie z.B. Kooperativen, lokale Lebensmittel-Vereinigungen und -läden. Eine breitflächige Betrachtung der Preisfrage würde sowohl eine neue Politik der Unterstützung lokaler Lebensmittel-Netzwerke und ein Investieren in landwirtschaftliche Gebiete umfassen als auch die Berücksichtigung der geografischen Mannigfaltigkeit von Nutzpflanzen, der kulturell unterschiedlichen Gewichtigung verschiedener Geschmacksrichtungen und Aromen und des gastronomischen Usus.

Dies hätte auch zur Folge, dass dem Gegenwert von Waren und Serviceleistungen deren wahrer Gebrauchswert zugrunde liegen würde; das Angebot lokaler Ressourcen könnte somit besser auf die tatsächliche Nachfrage abgestimmt werden. Befürworter des freien Handels argumentieren, dass der niedrige Preis von Lebensmitteln das Wachstum der Demokratie fördert. Das Gegenteil ist der Fall! Das Niedrigpreisargument – als aktuelles Beispiel dafür dient die intensive Produktion billigen Schweinefleisches in der Bretagne oder Uckermark – impliziert, das Lebensmittel einen vernachlässigbaren bis zu gar keinem Wert haben und zeigt auf, wie ihr Preis – dem tatsächlichen Wesen nach potentiell sehr schwankend – künstlich immer niedriger getrieben werden kann.

**5. Wieder-Ermächtigung der kleinen Produzenten und Landwirte an die Spitze der landwirtschaftlichen Innovation**
Anstatt einfach nur stillen Widerstand zu leisten, „nein“ zu sagen oder sich auf traditionelle Methoden, die einiges an Relevanz eingebüßt haben, rückzubesinnen, müssen wir aktiv neue Methoden des landwirtschaftlichen Anbaus, Wachstums, Viehzucht, Lebensmittelproduktion und deren Verkauf (er)finden und aufwerten. Und zwar nicht nur basierend auf vorliegender Erfahrung und Expertise, sondern auch durch gemeinsames Experimentieren – was zugleich ein zentraler Teil der Lebensmitteldemokratie der Zukunft wäre. Aber welches Gewicht hat überhaupt die Lebensmitteldemokratie derzeit? Ist es eine unausgereifte Idee, eine Bewegung einer kleinen Minderheit, etwas, was eher unbedeutend im Vergleich zur riesigen Macht des Marktes ist? Selbst wenn dem so wäre hat die Geschichte dennoch gezeigt, dass Minderheiten durchaus auf überraschende Weise neue Denkweisen kultivieren, Menschen für bestimmte Dinge sensibilisieren und damit letzen Endes die Grundlage für Umwälzungen und große Innovationen schaffen können.

**6. Reagieren auf gesundheitliche Herausforderungen**
Wir müssen daher die landwirtschaftliche Ausnahmeklausel als etwas denken, was im öffentlichen Interesse liegt, als eine Antwort auf globale gesundheitliche Herausforderungen in Bezug auf die Bürger, die Gesellschaften und die Ökosysteme. Wir brauchen eine Ko-Evolution von Gesellschaft und Natur, welche die erste und sofortige Bedingung eines erneuerten Zivilisationsmodells wäre. Dafür müssen wir durchaus auch noch weiterdenken und ausprobieren, was die landwirtschaftliche Ausnahmeklausel noch alles zu leisten vermag.

Wir sehen, dass es offensichtliche Parallelen zwischen dem Recht auf Zugang zu Lebensmitteln und dem Recht auf Zugang zu Kultur gibt – das rechtfertigt unseren Vergleich von landwirtschaftlicher und kultureller Ausnahmeklausel. Wir hoffen, dass unsere Initiative zu einem internationalen Abkommen zur Lebensmitteldemokratie führt, ähnlich dem Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen.

**In Anlehnung an dieses Übereinkommen fordern wir eine „landwirtschaftliche Ausnahmeklausel“ und damit auch einen „New Deal“ für Lebensmittel und Landwirte.**

*Text von Olivier Assouly, François Collart Dutilleul, Gilles Fumey, Ioan Negrutiu, Pierre Hivernat, Elisabeth Martin. Unter der Patenschaft von Michel Serres.*

*Das Manifest kann hier unterzeichnet werden: www.alimentation-generale.fr*

Deutsche Übersetzung: Marit Posc